

Düdingen

Kanton bewilligt Deponieprojekt Lengi Weid in Düdingen

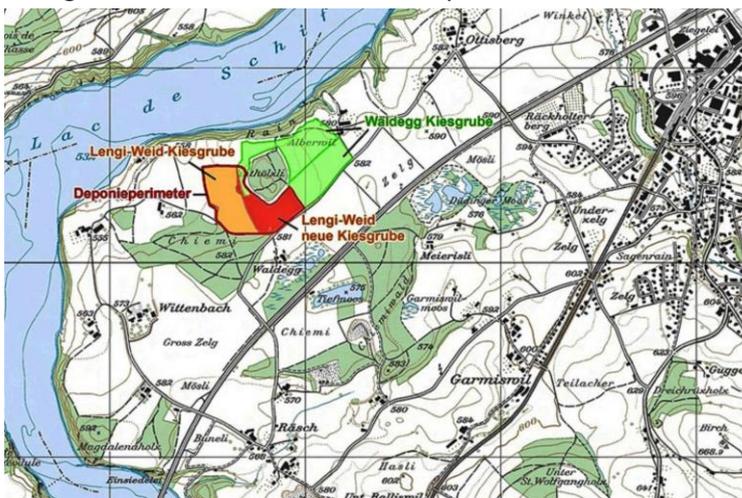
Die Bau- und Raumplanungsdirektion bewilligt die Erweiterung des Kiesabbaugebiets Lengi Weid in Düdingen, die Einrichtung einer Aushubdeponie und die Zufahrtsstrasse. Damit ist das vor fünf Jahren lancierte Projekt einen grossen Schritt weiter.

Imelda Ruffieux Publiziert: 14.09.2021

Seit 2016 sorgt das Projekt Lengi Weid in Düdingen immer wieder für Schlagzeilen. Nun hat die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion alle nötigen Bewilligungen gegeben, um die geplante Kiesabbaustelle und Deponie zu realisieren. Der entsprechende Entscheid ist im aktuellen Amtsblatt publiziert. Dort steht auch, dass Gegner des Projekts nur noch mit einer Beschwerde ans Kantonsgericht opponieren können.

Deponie und Materialabbau

In der Vergangenheit hatte es immer wieder gegen einzelne Planungsschritte Einsprachen gegeben. Dies begann bereits vor fünf Jahren, als die Gemeinde zusammen mit der extra zu diesem Zweck gegründeten Firma das Projekt erstmals vorstellte. Das Unternehmen, dem JPF Gravières SA und der Transportunternehmer Fernand Andrey angehören, plant zwischen Räsch und Ottisberg in Düdingen eine neue Aushubdeponie. Im Gebiet Lengi Weid und Waldegg gibt es bereits jetzt ein Kiesabbaugebiet. Doch nun soll der Abbauperimeter in mehreren Etappen erweitert werden.



Das Gebiet Lengi Weid liegt in Düdingen zwischen dem Schiffenenseeufer und der Autobahn A12.

Quelle: zvg

Neue Strasse geplant

Das Projekt sieht auch vor, zwischen Schiffenensee und Autobahn A12 eine Aufschüttung mit unverschmutztem Aushubmaterial und unbelastetem Bodenaushub, eine sogenannte Inertstoffdeponie, einzurichten. Zuerst hatten Anwohnerinnen und Anwohner ihre Befürchtungen wegen des Mehrverkehrs angemeldet. Denn für den Zugang zur neuen Deponie braucht es auch eine neue Strassenführung, für die wiederum eine Rodung nötig ist.

Diese provisorische Zufahrtsstrasse soll durchs Kiemy führen, um so die Weiler Räsch, Ottisberg und die untere Zelig zu entlasten. Die Bürger kritisierten auch, dass sich das Landschaftsbild zwischen der Parzelle unterhalb der Waldegg-Kapelle verändern werde.

Kritik der Umweltverbände

Diese und ähnliche Argumente machten kurz darauf auch mehrere Umweltorganisationen geltend. WWF Freiburg, Pro Natura Freiburg, Stiftung Landschaftsschutz Schweiz und die Freiburger Sektion des VCS opponierten weniger gegen die Deponie und die Erweiterung der Materialabbauzonen,

sondern vor allem gegen die neue Strasse durch die Düdinger Möser und die Zunahme des Schwerverkehrs – damals sprach man von vier zusätzlichen Lastwagenfahrten pro Tag. Sie reklamierten auch mangelnde Ausgleichsmassnahmen, fehlende Verkehrssicherheitsstudien und monierten, dass der Umweltbericht nicht vollständig sei.

Mängelliste des Kantons

Im Dezember 2018 zeigte sich auch das Bau- und Raumplanungsamt des Kantons Freiburg unzufrieden mit den für das Projekt nötigen Umzonungen und der Änderung des Planungs- und Baureglements der Gemeinde Düdingen. Die Deponie werde höher als das ursprüngliche Gelände, und das sei mit dem Landschaftsschutzperimeter nicht vereinbar. Zudem sei im Umweltverträglichkeitsbericht zu wenig klar aufgezeigt, wie sich die neue Zufahrtsstrasse auf die Natur auswirke.

Elf Einsprachen

Die Bauherrschaft hatte in der Folge Mitte 2019 eine Projektänderung öffentlich aufgelegt, in der sie für die neue Strasse eine Ausweichstelle weniger vorgesehen hatte, sodass auch weniger Wald gerodet werden müsste. Zudem hat die Firma die ökologischen Kompensationsmassnahmen präzisiert.

Als Reaktion auf diese öffentliche Auflage hat der Verein für die optimale Verkehrserschliessung Düdingen kritisiert, dass der neue Lastwagenweg sich mit der Langsamverkehrsachse bei der SBB-Überführung an der Zelgstrasse kreuzt. Die Strasse entspreche den Anforderungen einer optimalen Langsamverkehrsachse nicht. Insgesamt gingen elf Einsprachen gegen die öffentliche Auflage ein. Die Gemeinde Düdingen hat sie geprüft, teils Einspracheverhandlungen geführt und das Dossier dann an das Bau- und Raumplanungsamt überwiesen.

Projekt wurde angepasst

Und jetzt also hat diese Direktion das Dossier als Ganzes bewilligt – Deponie, Materialabbau, Zufahrtstrasse sowie Umzonungen. Gemäss der Antwort auf die Nachfrage der FN hat die Direktion diesen Entscheid gefällt, nachdem gewisse Projektanpassungen gemacht worden sind. «Namentlich wurde auf die ursprünglich vorgesehene fragliche Ausweichstelle im Wald verzichtet, und es wurde eine Änderung und Präzisierung der ökologischen Kompensations- und Ersatzmassnahmen und eine damit einhergehende Ergänzung des Umweltverträglichkeitsberichts vorgenommen», schreibt der Kommunikationsbeauftragte der Direktion, Guido Balmer, auf Anfrage:

Es ist vorgesehen, den Strassenabschnitt im Wald ausserhalb der Betriebszeiten der Kiesabbaustelle zu schliessen.

Auch seien neue ökologische Kompensationsmassnahmen projektiert worden. Dabei seien Standort und Unterhalt genau festgelegt worden. «Es wurde in diesem Rahmen auch auf einen Bitumenbelag auf den geplanten Strassenabschnitten im Wald verzichtet», heisst es in der Stellungnahme der Direktion.

Das Projekt sei durch alle betroffenen Amtsstellen gegangen, und es gebe keine Gründe mehr, die einer Genehmigung beziehungsweise Bewilligung des Gesamtprojekts entgegenstehen.

Welche vorherigen Situationen wurden aufgehoben (z.B. Verkehrsberuhigung im Zelg & Garmiswil) missachtet und sind nicht eingetroffen?